

CDU Nordrhein-Westfalen · Wasserstraße 6 · 40213 Düsseldorf

Herrn Präsident
Ulrich Müller und Klaus Stallmann
Rheinischer/Westfälischer Schützenbund e. V.
Am Förstchens Busch 2b

42799 Leichlingen



CDU-Landesgeschäftsstelle

Roger Pautz

Düsseldorf, 7. Mai 2012

Sehr geehrte Herren Präsidenten,

vielen Dank für die Übersendung Ihres Wahlprüfsteins, die wir Ihnen wie folgt sehr gerne beantwortet haben:

Wie steht Ihre Partei zum Schießen als Leistungssport?

Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum Leistungsprinzip im Sport und zu einem humanen Spitzensport als Zeichen der Leistungsfähigkeit eines Landes. Spitzensport ist in der Vielfalt der Sportarten zu fördern. Dazu gehört auch das Bogen- und Sportschießen mit seiner langen erfolgreichen Tradition und seiner gewachsenen Vereinslandschaft. Kurz vor den Olympischen Spielen in London unterstützen wir alle Athletinnen und Athleten des Schützenbundes und alle 1,5 Millionen Sportschützinnen und Sportschützen, die seit jeher verantwortungsvoll mit der Waffe umgehen und dadurch auch ein gesellschaftliches Vorbild sind.

Wie kann uns Ihre Partei die Arbeit mit Jugend, Senioren, Behinderten erleichtern?

Schützen verbinden in vorbildlicher Weise sportliche Aktivität mit ehrenamtlicher Tätigkeit. Sie stehen für Heimat und Werte und bieten viel Verantwortung sowie Gemeinschaftssinn. Gerade in Zeiten einer zunehmenden Mobilität sind das unschätzbare Werte, die es zu bewahren gilt. Nur mit einer starken Einbindung der Jugend wird es gelingen, die Traditionen weiterzugeben, die Ausdruck der Verbundenheit mit der eigenen Region und des persönlichen Lebensumfeldes sind. Jugendliche erfahren mit der Übernahme von Aufgaben in Vereinen was Verantwortung konkret bedeutet. Dies sichert nicht nur die Fortführung von Traditionen, sondern fördert auch die Persönlichkeitsentwicklung. Schützenvereine werden so zu informellen Bildungseinrichtungen, in denen wichtige Kompetenzen vermittelt werden. Dieses Anliegen wollen wir unterstützen, gerade in einer Zeit, in der vieles, was traditionsbewahrend ist, von einem modernistischen Zeitgeist oftmals kritisch betrachtet wird.

Wie steht Ihre Partei zu den derzeitigen Waffengesetzen?

Die nach dem Amoklauf von Winnenden im Jahre 2009 notwendigen Anpassungen des Waffenrechts haben sich bewährt. Wir sehen daher keinen Anlass das Waffenrecht in absehbarer Zeit erneut zu ändern.

Davon abgesehen ist jeder legale Waffenbesitzer selbstverständlich Grundrechtsträger und hat als solcher grundsätzlich einen Anspruch auf die Achtung seiner allgemeinen Handlungsfreiheit durch den Staat. Wir sind davon überzeugt, dass die ganz überwiegende Mehrheit der legalen Waffenbesitzer in Deutschland mit dieser Freiheit äußerst verantwortungsbewusst umgeht. Der Missbrauch von Schusswaffen durch einzelne Personen darf daher nicht zum Anlass genommen werden, alle Waffenbesitzer unter einen Generalverdacht zu stellen. Stattdessen sollte aus unserer Sicht künftig stärker gegen den illegalen Besitz von Waffen vorgegangen werden.

Wie möchte Ihre Partei unser vielfältiges soziales Engagement unterstützen?

In unserer Regierungsverantwortung haben wir eine Auszeichnung und Ehrung initiiert, mit der die Leistungen der Schützenbruderschaften und -vereine durch das Land anerkannt und für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden. Daran wollen wir auch in Zukunft anknüpfen. Es ist uns völlig unverständlich, warum SPD und Grüne diese Ehrung im Landtag abgelehnt haben.

Wie möchte Ihre Partei dazu beitragen, dass Verantwortung, soziales Denken und Gemeinsinn bei der Jugend wieder an Wert gewinnen und wir wieder Nachwuchs gewinnen können?

Politik für Jugendliche und junge Menschen muss auf einem stabilen und verlässlichen Wertefundament aufbauen. Jugendstudien zeigen: Werte wie Offenheit, Ehrlichkeit, Toleranz, Gewaltfreiheit sind Jugendlichen wichtig – nicht nur im Privaten. Doch es genügt nicht, die Werte des Grundgesetzes und unseres Zusammenlebens abstrakt zu vermitteln, denn Werte wachsen nicht von selbst. Sie müssen gelebt und vorgelebt werden. Dafür sind positive Vorbilder ebenso unerlässlich wie verbindliche Regeln. Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Bildung und Erziehung gehören zusammen. Die CDU steht für eine Gesellschaft, in der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gelebt werden.

Die CDU will, dass konfessioneller Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt. Neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht soll bei Bedarf auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden.

Wie kann Ihre Partei dazu beitragen, dass wir nicht in einer Flut von bürokratischen Vorschriften ersticken, Veranstaltungen durchführen können, ohne dass immense und nicht mehr finanzierbare Kosten durch immer neue Auflagen entstehen?

Wir wollen den vielfältigen ehrenamtlichen Einsatz für kulturelle Angebote und Entfaltungsmöglichkeiten nachhaltig unterstützen und für mehr Anerkennung für das Ehrenamt sorgen. Ehrenamtlich Engagierte sollen von Bürokratie und Haftungsrisiken entlastet werden.

Wie kann Ihre Partei dazu beitragen, dass die ehrenamtlichen Tätigkeiten, welche zum Allgemeinwohl beitragen, wieder mehr Anerkennung und Nachfrage finden?

Die Förderung des Zusammenhalts ist in offenen, demokratischen Gesellschaften auch Aufgabe von Politik und Staat, denn er trägt maßgeblich zum gesellschaftlichen Klima in unserem Land bei. Millionen von Bürger machen mit ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten und ihrem bürgerschaftlichem Engagement Deutschland zu einem lebenswerten und friedfertigen Land. Gesellschaftliche Integration im Sinne einer Vermittlung von Werten und Haltungen wie Toleranz, Respekt und Rücksichtnahme durch das tägliche Miteinander in Familien, Schulen, Unternehmen, Vereinen und vielen anderen Zusammenschlüssen gleichgesinnter Menschen sorgen daneben auch für eine nachhaltige Eindämmung von Extremismus, Antisemitismus und Jugendgewalt.

Die vielfältigen Investitionen im Engagement sind besser zu fördern, stärker zu vernetzen und vor allem denen zugänglich zu machen, die wir für bürgerschaftliches Engagement begeistern wollen. Wir wollen eine Nationale Engagementstrategie u. a. zusammen mit dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation umsetzen, ein Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verfolgen, das alle geeigneten Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation berücksichtigt und zur Bündelung, Abstimmung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen ein geeignetes bundeseinheitliches Förderinstrument aufstellen.

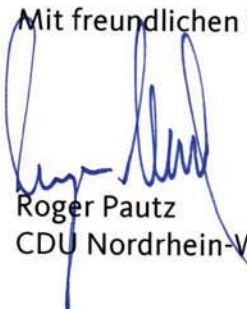
Wie steht Ihre Partei zur geplanten Verschärfung des Nichtraucherschutzgesetzes?

Das Nichtraucherschutzgesetz soll gewährleisten, dass Nichtraucher uneingeschränkt am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ohne sich gegen ihren Willen einer Gesundheitsgefährdung durch Tabakrauch auszusetzen.

Wenn es ausreichende Möglichkeiten für Nichtraucher gibt, in Gaststätten ohne Rauchbelästigung zu essen und zu trinken, dann ist in der Gastronomie dieses Ziel erreicht. Ziel des bestehenden Gesetzes ist es nicht, Rauchern die Möglichkeit zu nehmen, zu rauchen. Diesen Weg der Bevormundung werden wir nicht mitgehen. Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie mit Genussmitteln umzugehen haben, sondern trauen ihnen eigene Entscheidungen zu.

Falls Sie weitere Fragen haben können Sie sich gerne wieder an mich wenden!

Mit freundlichen Grüßen



Roger Pautz
CDU Nordrhein-Westfalen